

Protokollauszug

aus der
10. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Kultur und Wissenschaft
vom 18.06.2015

öffentlich

Top 5 Verständigung und Meinungs Austausch zur künftigen Förderung freier Träger

Frau Dr. Schröter informiert über das beantragte Rederecht von Frau Chwalisz (fabrik Potsdam e.V.). Dem stimmen die Ausschussmitglieder zu.

Frau Dr. Schröter macht deutlich, dass es zunächst um einen allgemeinen Meinungs Austausch geht. Es müsste über zukünftige Methoden nachgedacht werden, um neue Erkenntnisse erlangen zu können.

Frau Chwalisz nimmt Bezug auf die aus ihrer Sicht prägenden Rolle der freien Theater in Potsdam. Hinsichtlich der Finanzierung müsste über Erhöhungen gesprochen werden. Sie macht deutlich, dass die freien Träger gleichwertige Arbeit wie die städtischen Kultureinrichtungen leisten. Ziel sollte gleicher Lohn für gleiche Arbeit sein. Als wenig sinnvoll wird dabei das Umschichten vorhandener Gelder angesehen. Insbesondere auch, wenn es darum geht zukünftig Zielvereinbarungen abschließen zu wollen. Wünschenswert seitens der freien Träger sei eine Diskussion unabhängig von Koalition und Parteigefüge.

Die Ausschussmitglieder machen deutlich, dass sie die Schwierigkeit der Thematik erkennen, sich aber derzeit außer Stande sehen, Lösungen zu präsentieren. Dennoch sprechen sie sich dafür aus, bereits jetzt Diskussionen darüber zu führen. Bezüglich der Zielvereinbarung müsse genau definiert werden, welche Leistungen zu erbringen sind, in welcher Qualität und Standards festlegen. Auf der Basis der Diskussionen zum Mindestlohn sollte aufgebaut und Zuverlässigkeit geschaffen werden.

Frau Walter macht deutlich, dass es nicht zum „Kampf“ unterhalb der Einrichtungen kommen darf. Aus ihrer Sicht wäre es daher erforderlich, dass der Kulturetat erhöht wird.

Herr Reich betont, dass die Einkommenssituation zu beachten sei. Darin seien Unterschiede bis zu 50 % zu verzeichnen.

Herr Kolesnyk bringt zum Ausdruck, dass es wichtig sei, Grundlagen zur weiteren Diskussion vorgelegt zu bekommen. So müssten Daten der Kultureinrichtungen zusammengetragen werden. Eine Darstellung über mehrere Jahre scheint dahingehend sinnvoll. Es sollten beispielsweise Angaben zu Besuchern, Veranstaltungen, mögliche Kapazitäten, Einnahmeentwicklungen und die Entwicklung der Etats im Allgemeinen und im Besonderen gemacht werden. Im Rahmen der Diskussionen müsse beachtet werden, dass auch zukünftig neue Einrichtungen in die Förderung genommen werden können und es sich nicht um ein starres System handelt. Zudem seien die etablierten Häuser untereinander unterschiedlich, was bei der weiteren Betrachtung berücksichtigt werden müsste.

Herr Wendland nimmt Bezug auf das Jan Bouman Haus und stellt dar, dass aufgrund der sinkenden Besucherzahlen die Öffnungszeiten reduziert werden müssten. Dies bedeutet geringere Einnahmen. Die Kosten jedoch bleiben bestehen.

Herr Joffe bringt hervor, dass aus seiner Sicht die Statistiken nicht viel über den Wert der Arbeit aussagen. Förderungen dienen in erster Linie dazu, Defizite zu korrigieren.

Frau Armbruster spricht sich dafür aus, dass eine Verfahrenssystematik bei der Vergabe von finanziellen Mitteln erstellt werden könnte. Aus ihrer Sicht müsste die Kultur professionell evaluiert werden. Dazu seien Kriterien zu entwickeln, die sich je nach Genre unterscheiden. Die Verwaltung muss dahingehend unterstützt werden.

Die Ausschussmitglieder sprechen sich dafür aus, dass zukünftig zur weiteren Umsetzung auch Ressourcen bei der Verwaltung notwendig sind. In der Vergangenheit sind Förderungen hinzugekommen, ein Personalanstieg in der Verwaltung konnte jedoch nicht verzeichnet werden. Sollten beispielsweise Zielvereinbarungen abgeschlossen werden, bedeutet dies auf Grund der Begleitung und Prüfung ein großer Aufwand für die Verwaltung.

Frau Dr. Schröter fasst zusammen, dass eine analytische Basis geschaffen werden müsste, um sich anschließend eine Meinung bilden zu können. Entwicklungstendenzen über mehrere Jahre hinweg sind darzustellen. Anschließend können Kriterien formuliert werden. Die Vorlage einer Zusammenstellung wird zunächst für die Sitzung im September anvisiert.